

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 20.08.2015

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer -Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier

Herr Gerhard Henrichsmeier -stellv. Bezirksbürgermeister (RM)

Herr Klaus-Dieter Hoffmann

Herr Werner Thole (Vors.) RM

Herr Achim Tölke

SPD

Herr Nesrettin Akay (Vors.)

Frau Ursula Fecke

Frau Melanie Grbeva

Herr Patrick Mayregger

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen (Vors.)

Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Willi Waidelich

Entschuldigt fehlen

Frau Abendroth (SPD-Fraktion)

Herr Lange (CDU-Fraktion)

Herr Möller (CDU-Fraktion)

Von der Verwaltung

Frau Dobelmann	Amt für Verkehr	(zu TOP 6)
Frau Loh	Bauamt	(zu TOP 6 + 16)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötze	Bezirksamt Heepen	
Herr Steinmeier	Bezirksamt Heepen	(Schriftführer)

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

Herr Koch (Anwohner Obere Hillegosser Straße) vertritt die Ansicht, dass der Stadtteil Hillegossen mit Verbrauchermärkten überversorgt sei.

Vor diesem Hintergrund kritisiert er die Neuansiedlung eines REWE-Marktes zusätzlich zur Erweiterung des vorhandenen ALDI-Marktes an der Oerlinghauser Straße.

Da der Stadtteil bereits jetzt auch mit Lkw- und Pkw-Verkehr überlastet sei, befürchte er den Verkehrskollaps nach Eröffnung der neuen Verbrauchermärkte.

In diesem Zusammenhang macht er darauf aufmerksam, dass die Oerlinghauser Straße zudem durch Ausweichverkehre belastet sei, die durch regelmäßige Stausituationen auf der B 66 im Bereich der Stadtgrenze zum Kreis Lippe verursacht würden.

Er appelliert an die Bezirksvertretung, sich für einen 4-spurigen Weiterbau der B 66 im Kreis Lippe einzusetzen.

Eine Bürgerin aus Ubbedissen beklagt den Zustand des Fußweges entlang der Bahnlinie vom Pelikanweg zum Haltepunkt Ubbedissen.

Der Weg sei erneut zugewachsen.

Bezirksbürgermeister Schäffer merkt an, dass sich Teilbereiche des Weges in Privateigentum befinden und nicht verkauft würden.

Der Durchlass unter der Bahnstrecke gehöre der Bahn AG.

Diese Wegeverbindung beschäftige die Bezirksvertretung seit Jahren wiederkehrend. Eine dauerhaft zufrieden stellende Lösung sei wegen der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse leider kaum möglich.

Die Bezirksvertretung werde sich über die aktuelle Situation vor Ort informieren.

Die Bürgerin aus Ubbedissen kritisiert sodann die Entscheidung der Bezirksvertretung vom 11.06.2015, die 6. Änderung „Wohnen am Bollholz“ des Bebauungsplanes Nr. III/Ub 2.2 „Bollstraße“ abzulehnen.

In Ubbedissen herrsche Wohnungsnot. Ein Neubaugebiet sei dringend erforderlich.

Junge Familien aus Ubbedissen würden wegen fehlender Baugrundstücke bereits nach Leopoldshöhe ziehen.

Sie ersucht die Bezirksvertretung nachdrücklich, die ablehnende Entscheidung vom 11.06.2015 zu überdenken und zu korrigieren.

Bezirksbürgermeister Schäffer merkt an, dass die Bezirksvertretung zu dieser Bebauungsplanänderung nach intensivem Austausch unterschiedlicher Standpunkte einen mehrheitlich ablehnenden Beschluss gefasst habe.

Die Bürgerin nimmt diese Feststellung zur Kenntnis und verweist auf die noch ausstehende Beschlussfassung des Stadtentwicklungsausschusses.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 11.06.2015

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 11.06.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Konversion der von den britischen Streitkräften genutzten Liegenschaften in Bielefeld -Vorschlag für eine Arbeits-, Prozess- und Beteiligungsstruktur-

Der Haupt- und Beteiligungsausschuss hat in seiner Sitzung am 18.06.2015 einen Beschluss zur Arbeits-, Beteiligungs- und Prozessstruktur im Rahmen der Konversion der von den britischen Streitkräften genutzten Liegenschaften in Bielefeld gefasst.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 1685/2014-2020) sowie der Auszug zu Punkt 9 aus der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Beteiligungsausschusses am 18.06.2015 sind den Mitteilungen als Anlagen beigefügt.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

3.2 Anmeldezahlen und Klassenbildungen der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2015/16 (BV Stieghorst, 19.02.2015, Punkt 8)

Im Rahmen der Beratung am 19.02.2015 wurde der Anteil von Schulanfängerinnen und Schulanfängern mit Migrationshintergrund und dessen Entwicklung im Vergleich zu den Vorjahren hinterfragt.

Die hierzu erfolgte Stellungnahme des Amtes für Schule ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

3.3

Beitragsabrechnung nach KAG

Das Amt für Verkehr hat den Stadtentwicklungsausschuss am 23.06.2015 über die folgende KAG-Abrechnung im Stadtbezirk Stieghorst informiert:

Lipper Hellweg - Beleuchtung von Osningstraße bis Am Neuen Berge

Gesamtkosten: 30.701,62 €
Beitragsfähiger Aufwand: 30.701,62 €
Umlagefähiger Aufwand: 18.420,97 € (60 %)

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay möchte wissen, warum für diese Beleuchtungsmaßnahme Anliegerbeiträge fällig werden.

Herr Skarabis verweist auf die Information der Bezirksvertretung in der Sitzung am 28.08.2014.

Seinerzeit sei mitgeteilt worden, dass die Beleuchtung in der Straße Lipper Hellweg im Abschnitt zwischen Osningstraße und Am Neuen Berge erneuerungsbedürftig sei. Es müssten 15 Peitschenmasten der Straßenbeleuchtung gegen Stahlaufsatzmasten ausgetauscht werden. Die vorhandenen Langfeldleuchten mit Leuchtstofflampen würden gegen Leuchten mit Natriumdampf-Hochdrucklampen ausgetauscht.

Diese Mitteilung habe bereits den Hinweis enthalten, dass Anliegerbeiträge geprüft würden und sich die Gesamtkosten der Baumaßnahme auf ca. 32.000 Euro belaufen würden.

Die Prüfung des Amtes für Verkehr sei nunmehr abgeschlossen mit dem Ergebnis, dass diese Verbesserung der Beleuchtung nach dem KAG zu 60 % umlagefähig sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

3.4

Haushaltsplan 2015

Mit Verfügung vom 23.06.2015 hat die Bezirksregierung Detmold den Haushalt 2015 der Stadt Bielefeld und die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2012 bis 2022 mit verschiedenen Hinweisen und Nebenbestimmungen genehmigt.

Der Haushaltsplan kann unter www.bielefeld.de / Rat ▪ Verwaltung / Finanzen / Haushaltsplan 2015 eingesehen werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.5 Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2015 bis 2017 (BV Stieghorst, 11.06.2015, TOP 12)

Herr Skarabis bezieht sich auf die Beratung der Bezirksvertretung am 11.06.2015 mit der Nachfrage von Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) zur Planung muttersprachlicher Angebote für Menschen aus einem muslimisch geprägten Kulturkreis.

Das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention habe hierzu eine Stellungnahme abgegeben, die den Mitgliedern vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt worden sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.6 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Soziale Stadt „Sieker Mitte“ Entwurfsplanung der Bereiche Mühlenbachpark, Bolzplatz Stralsunder Straße und Eingang Süd/Gärten KATAG (BV Stieghorst, 25.04.2013, TOP 6)

Herr Skarabis bezieht sich auf die von der Bezirksvertretung am 25.04.2013 beschlossene Entwurfsplanung „Sieker Mitte“ für die Teilbereiche Mühlenbachpark, Bolzplatz Stralsunder Straße und Eingang Süd/Gärten KATAG.

Bestandteil des Entwurfes und der Beschlussfassung sei die Aufstellung eines Informationsschildes zu einem im Süden des Areals befindlichen Feld aus Granitstelen, das die Umrisse eines germanischen Grubenhauses nachzeichnet.

Der zuständige Landschaftsverband Westfalen-Lippe habe einen Erläuterungstext für ein Pultschild verfasst, der um 2 Abbildungen ergänzt werden solle.

Der Text und die Abbildungen seien den Mitgliedern vor Sitzungsbeginn als

Tischvorlage verteilt worden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.7 Planung für das Grundstück Detmolder Straße 345

Herr Skarabis bezieht sich auf die Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.06.2015 zur Planung für das Grundstück Detmolder Straße 345.

Er teilt mit, dass ein Bericht in öffentlicher Sitzung aktuell noch nicht möglich sei.

Die Verwaltung werde unaufgefordert auf das Thema zurückkommen, sobald die Planung vorgestellt werden könne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.8 Veranstaltungskalender 2016 für den Stadtbezirk Stieghorst

Herr Skarabis verweist auf die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilten Datenblätter und bittet die Mitglieder um Aktualisierung und baldmögliche Rückgabe.

Neue Lichtbilder sollten dem Bezirksamt Heepen bei Bedarf elektronisch übermittelt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.9 Heidebrand von 1975

Mitglied Vagt (BfB) erinnert an die Waldbrandkatastrophe im August 1975 in der Lüneburger Heide.

Seinerzeit seien Feuerwehrräfte aus 9 Bundesländern im Einsatz gewesen. Die Stadt Bielefeld habe sich mit mehreren Löschzügen beteiligt.

40 Jahre nach diesem Katastropheneinsatz finde im Ort Trebel ein Wiedersehen der Einsatzkräfte statt, an dem die Löscharbeit Lämershagen teilnehmen werde.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 3 *

Zu Punkt 4 Anfragen

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 4 *

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Umwandlung von Verkehrsinseln auf der Osningstraße in Überquerungshilfen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1826/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke mit folgendem Wortlaut:

„Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Verkehrsinseln auf der Osningstraße in Überquerungshilfen umzuwandeln.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay führt zur Begründung aus, dass die neuen Verkehrsinseln auf der Osningstraße bereits regelmäßig als Überquerungshilfen genutzt würden. Problematisch und gefährlich sei dies jedoch z. B. für ältere Menschen mit Rollatoren und Personen mit Kinderwagen. Die Hochbordkanten der Inseln würden ein Hindernis darstellen mit der Folge, dass die genannten Personengruppen längere Zeit auf der Fahrbahn stehen.

Dieses Problem habe auch der Bezirksbeamte der Polizei erkannt, der den Antrag auf Umwandlung in Überquerungshilfen ebenfalls wünsche.

Frau Dobelmann (Amt für Verkehr) verweist auf die Vorschriften des technischen Regelwerkes, wonach die Verkehrsbelastung auf der Osningstraße für eine Überquerungshilfe zu hoch sei. Nach dem Regelwerk müsste eine Lichtsignalanlage installiert werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay verweist nochmals auf die bereits faktische Nutzung als Überquerungshilfe.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass der heute vorliegende Antrag nicht bereits in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 11.06.2015 gestellt worden sei. In dieser Sitzung sei die Osningstraße eine Stunde lang thematisiert und der Zustand der Straße nach Umgestaltung von der SPD-Fraktion, Grüne-Fraktion und dem Mitglied der Partei Die Linke als hervorragend bezeichnet worden. 2 Monate später werde jetzt festgestellt, dass es Änderungsbedarf gebe.

Die CDU-Fraktion stimme dem vorliegenden Antrag nicht zu und stelle alternativ den Antrag auf Installierung einer Lichtsignalanlage in Höhe der Straße Hellenkamp.

Diese „Fußgängerampel“ sei bereits vor Jahren beantragt, aus Kostengründen jedoch nicht installiert worden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay merkt an, die SPD-Fraktion habe bereits in der Sitzung am 11.06.2015 auf das Erfordernis einer Querungshilfe hingewiesen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist darauf, dass der Mehrheitsbeschluss zum Umbau der Osningstraße keine Querungshilfen vorgesehen habe. Ein erneuter kostenintensiver Eingriff werde abgelehnt.

Die CDU-Fraktion habe auf alle inzwischen offenbar gewordenen Probleme frühzeitig hingewiesen.

Der vorliegende Antrag könne nur als Schildbürgerstreich gewertet werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay vertritt die Ansicht, dass die Anwohner der Osningstraße mit dem neuen Straßenquerschnitt überwiegend zufrieden seien. Nur einzelne Stimmen würden eine Verschlechterung beklagen.

Im Übrigen müsse der Blick nach vorne gerichtet und ein erkanntes Problem behoben werden.

Nach seiner Einschätzung werde die Umrüstung von einer Verkehrsinsel in eine Überquerungshilfe nicht viel kosten.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole verweist auf die regelmäßig sehr detaillierte Protokollführung und widerspricht der Feststellung von SPD-Fraktionsvorsitzendem Akay, die SPD-Fraktion habe bereits in der letzten Sitzung auf das Erfordernis einer Querungshilfe hingewiesen.

Auch widerspricht er der vorgetragenen Auffassung einer kostengünstigen Umrüstung. Überquerungshilfen müssten nach Regelwerk gebaut werden und könnten bis zu 100.000 Euro kosten.

Er wiederholt die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion und bekräftigt den eigenen Antrag auf Installierung einer Lichtsignalanlage.

- *Auf Wunsch der SPD-Fraktion unterbricht Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung von 17.26 bis 17.31 Uhr. -*

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay erklärt, dass die Antragsteller den vorliegenden Antrag zur Umwandlung in Überquerungshilfen aufrechterhalten würden.

Der Antrag der CDU-Fraktion werde nicht unterstützt.

SPD-Fraktion, Grüne-Fraktion sowie das Mitglied der Partei Die Linke seien jedoch mit einer Lichtsignalanlage einverstanden, falls eine Überquerungshilfe aus rechtlichen Gründen nicht installiert werden könnte.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen entgegnet CDU-Fraktionsvorsitzendem Thole mit der Anmerkung, dass die CDU-Fraktion in der letzten Sitzung ebenfalls keinerlei Defizite an der umgestalteten Osningstraße vorgetragen habe.

Mit dem vorliegenden Antrag gehe es um die Beseitigung einer Gefahrenstelle.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) vertritt die Ansicht, dass ein Sicherheitsproblem auf jeden Fall gelöst werden müsse. Hierfür sei die bestmögliche Lösung in Form einer Lichtsignalanlage erforderlich.

Sodann ergehen die folgenden

B e s c h l ü s s e:

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Osningstraße in Höhe Einmündung der Straße Hellenkamp eine Lichtsignalanlage zur Querungssicherung für Fußgänger zu installieren.

Dafür: 6 Stimmen

Dagegen: 8 Stimmen

Enthaltungen: ---

- mithin abgelehnt -

Gemeinsamer erweiterter Antrag der SPD-Fraktion, Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Verkehrsinseln auf der Osningstraße in Überquerungshilfen umzuwandeln.**
- 2. Sollte der Auftrag zu 1. aus rechtlichen Gründen nicht realisierbar sein, wird die Verwaltung alternativ mit der Installierung einer Lichtsignalanlage zur sicheren Fußgängerquerung der Osningstraße**

beauftragt.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 6 Stimmen
Enthaltungen: ---

– mithin beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 5.1 *

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Standortsuche für einen Sendemast zur LTE-Versorgung in Lämershagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1827/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke mit folgendem Wortlaut.

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsunternehmen einen geeigneten Standort für einen Sendemast zur LTE-Versorgung in Lämershagen zu finden.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay verweist zur Begründung auf die in der Sitzung am 11.06.2015 von der Telekom Deutschland (Herrn Meyer) angeregte Standortfrage.

Der von der Telekom errechnete Standort sei vom Bauamt mit Hinweis auf den Landschaftsschutz nicht genehmigt worden. Landschaftsschutz dürfe jedoch kein Hinderungsgrund für einen Sendemast sein, zumal dieser Bereich bereits von einer Hochspannungstrasse tangiert wird.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole zitiert nochmals den Antragstext mit der anschließenden Feststellung, dass dieser mit der vorgebrachten Antragsbegründung nicht in Einklang stehe.

Ein Suchauftrag nach einem geeigneten Standort sei untauglich, da die Telekom den bestmöglichen Standort bereits errechnet, festgelegt und beantragt habe. Die CDU-Fraktion habe die Telekom bereits in der Sitzung am 11.06.2015 um Benennung dieses abgelehnten Standortes im Landschaftsschutzgebiet in Lämershagen gebeten, damit sich die Bezirksvertretung für eine Lösung

einsetzen könne.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen plädiert für eine Unterstützung der Bürger bei ihrem berechtigten Wunsch nach einer besseren LTE-Versorgung in Lämershagen.

Mit dem vorliegenden Antrag solle die Realisierung eines Sendemastes an dem von der Telekom festgelegten Standort bekräftigt werden.

Mitglied Vagt (BfB) informiert darüber, dass er Herrn Meyer von der Telekom Deutschland am 29.06.2015 ein Grundstück zur Aufstellung eines Sendemastes angeboten habe. Von der Telekom habe er bisher keine Rückmeldung erhalten.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay plädiert ebenfalls für eine Unterstützung des von der Telekom ausgewählten Standortes und erklärt sich mit einer entsprechenden Änderung des Antragstextes einverstanden.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung (Umweltamt und Bauamt) wird beauftragt, den von der Telekom Deutschland für den Stadtteil Lämershagen ermittelten Standort für einen Sendemast zur LTE-Versorgung nach erfolgter Ablehnung nochmals zu überprüfen und die Möglichkeit für eine Genehmigung zu finden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 5.2 *

-.-.-

Zu Punkt 6 Festlegung des Ausbaustandards der Oerlinghauser Straße in Höhe Einzelhandelszentrum; Festlegung des Ausbaustandards des Fadenweges im Bereich der Wendeanlage

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1762/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Dobelmann (Amt für Verkehr) erläutert mittels Beamer-Präsentation, dass die Erschließung des Einzelhandelszentrums für die Kunden und den Lieferverkehr von der Oerlinghauser Straße im Bereich der vorhandenen Zufahrt erfolgen solle.

Aufgrund der neuen Nutzung und der damit verbundenen Verkehrszunahme sei die Leistungsfähigkeit der verkehrlichen Anbindung im Rahmen eines Verkehrsgutachtens untersucht worden. Diese Untersuchung sei vom Investor des Einzelhandelszentrums in Auftrag gegeben und von einem privaten Ingenieurbüro durchgeführt worden.

Die Verkehrszunahme durch das Einzelhandelszentrum werde vom Gutachter auf 1.585 Kfz-Fahrten pro Werktag geschätzt. Bezogen auf die Verkehrsspitzenstunde am Nachmittag ergebe sich eine prognostizierte Verkehrsbelastung durch den Ziel- und Quellverkehr von 173 Kfz/h und Richtung.

Die Verteilung der zukünftigen Verkehre sei aus der heutigen Verteilung abgeleitet worden und ergebe einen Anteil von 60 % in Richtung Detmolder Straße und 40 % in Richtung Süden. Eine Doppelaufstellung in der Ausfahrt könne aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht realisiert werden.

Die Qualität des Verkehrsablaufes bei der Ausfahrt werde vom Ingenieurbüro als ausreichend eingestuft. Die im Plangebiet erzeugten Verkehre könnten im derzeitigen Bestand wie auch bei einer künftigen Umgestaltung der Straße unschädlich abgewickelt werden. Weitere nennenswerte Auswirkungen auf das umliegende Straßennetz seien laut Gutachten ebenfalls nicht zu erwarten.

Für den Nachweis der Leistungsfähigkeit der Lichtsignalanlage am Knotenpunkt Detmolder Straße / Oerlinghauser Straße / Obere Hillegosser Straße sei nach Abschluss der Kanalbauarbeiten in der Oberen Hillegosser Straße am 24.06.2015 eine Verkehrszählung im Kreuzungsbereich durchgeführt worden. Die zusätzliche Verkehrserzeugung durch die erweiterte Nutzung sei anteilmäßig auf alle relevanten Verkehrsströme umgelegt und die Leistungsfähigkeit der Lichtsignalanlage vom Amt für Verkehr geprüft worden.

Hierbei ergebe sich gegenüber der am 24.06.2015 erfolgten Spitzenstundenzählung für die Fahrbeziehung Detmolder Straße in Fahrtrichtung auswärts eine Verschlechterung der Verkehrsqualität von Stufe B auf Stufe C in der Nachmittagsspitzenstunde. Der einzige Problempunkt durch den Zusatzverkehr könnte sich in der Linksabbiegespur von der Detmolder Straße in die Oerlinghauser Straße ergeben. Die nur ca. 25 m lange Aufstellspur sollte verlängert werden, da ansonsten eine Behinderung der Fahrtrichtung stadteinwärts nicht ausgeschlossen werden könne. Diese Verlängerung könne im Zuge der für 2016 geplanten Deckensanierung der Detmolder Straße erfolgen.

Im Übrigen sei die Lichtsignalanlage am Knotenpunkt ausreichend leistungsfähig, um den zusätzlichen Verkehr aufzunehmen.

Zur Planung führt Frau Dobelmann weiter aus, dass für die Jahre 2017/18 ein Ausbau der Oerlinghauser Straße geplant sei, so dass die aktuelle Planung für den Bereich des Einzelhandelszentrums nur eine Zwischenlösung darstelle.

Sodann erläutert sie, dass die Oerlinghauser Straße in Höhe der Zufahrt zum geplanten Einzelhandelszentrum so aufgeweitet werden solle, dass eine Aufstellfläche für Linksabbieger entsteht. Durch die Anlage des Aufstellbereiches werde der Verkehrsfluss auf der Oerlinghauser Straße in Richtung Knotenpunkt

Detmolder Straße verbessert.

Zur Verbesserung der fußläufigen Erreichbarkeit des Einzelhandelszentrums werde eine 2,50 m breite Mittelinsel als Querungshilfe eingebaut. Die verbleibenden Fahrspurbreiten würden im Bereich der Mittelinsel 3,50 m betragen. Der Standort der Mittelinsel entspreche der Variante 1 a) des Verkehrsgutachtens. Die Mittelinsel könne ohne zusätzlichen Grunderwerb installiert werden. Die Ausfahrt vom Parkplatz sei auch für den Lieferverkehr in Richtung Detmolder Straße möglich, so dass Umwegfahrten durch das Wohngebiet vermieden würden. Die verbleibende Aufstelllänge der Linksabbiegespur von der Oerlinghauser Straße in die Detmolder Straße sei auch für die prognostizierten Verkehrszahlen noch ausreichend.

Zur Verbesserung der Sichtverhältnisse, insbesondere auf Fußgänger und Radfahrer, werde der westliche Gehweg auf ca. 4,20 m verbreitert. Aufgrund der Aufweitung für den Linksabbieger und den Einbau der Mittelinsel verschiebe sich die östliche Fahrbahn um ca. 3 m. Der östliche Gehweg werde auf ca. 2,20 m verbreitert und die Bushaltestelle „Freibad Hillegossen“ um ca. 8 m in Richtung Süden verschoben.

Im Hinblick auf den später geplanten Straßenausbau werde eine provisorische Mittelinsel eingebaut und die Bushaltestelle ebenfalls provisorisch ohne Buskapsteine und Bodenindikatoren verlegt.

Zur Situation für Radfahrer teilt Frau Dobelmann mit, dass die Radwegbenutzungspflicht aufgehoben werden solle, da der Gehweg die Radfahrer nicht separat aufnehmen könne. Der Gehweg solle jedoch mit dem Zusatz „Radfahrer frei“ gekennzeichnet werden.

Diese geplante Regelung müsse zunächst noch mit der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde und dem Straßenbaulastträger abgestimmt werden.

Abschließend informiert Frau Dobelmann darüber, dass die privatrechtlich geregelte Wendemöglichkeit auf dem Fadenweg künftig entfällt. Dafür solle hier eine Wendeanlage für 3-achsige Müllfahrzeuge geschaffen werden. Die erforderlichen Flurstücke habe der Investor bereits erworben und werde auf seine Kosten für den Ausbau sorgen. Nach erfolgtem Ausbau werde die Stadt das Areal als öffentliche Verkehrsfläche übernehmen. Im Bebauungsplan Nr. III/Hi 15 sei ebenfalls die Darstellung als öffentliche Verkehrsfläche vorgesehen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay vertritt die Ansicht, dass sich die Leistungsfähigkeit bei der Ausfahrt vom Einzelhandelszentrum und im Bereich der Lichtsignalanlage am Knotenpunkt insgesamt verschlechtern werde.

Die SPD-Fraktion fordere den zügigen Umbau des Kreuzungsbereiches Detmolder Straße / Oerlinghauser Straße / Obere Hillegosser Straße zu einem Kreisverkehr und rege außerdem einen Schutzstreifen für Radfahrer auf der östlichen Seite der Oerlinghauser Straße an.

Mit der vorgestellten Planung sei die SPD-Fraktion insgesamt nicht zufrieden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen merkt an, dass zwischen einer DIN-Norm und menschlichen Sachverstand durchaus Unterschiede existieren würden.

Sein Sachverstand gehe von einer Verschlechterung der Gesamtsituation aus.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole kritisiert die schlechten Pläne in der Anlage zur Beschlussvorlage und bittet für die Zukunft um besseres Material.

Sodann bemängelt er die von Frau Dobelmann als Zwischenlösung vorgestellte Planung. Das Amt für Verkehr sollte ein Gesamtkonzept für den Ausbau der Oerlinghauser Straße erarbeiten und auf dieser Grundlage den jetzt relevanten Abschnitt im Bereich des Einzelhandelszentrums abschließend herstellen.

Als besonderes Problem und Sicherheitsrisiko bezeichnet er die Verkehrsführung für Radfahrer und fordert eine Überprüfung und Abstimmung mit der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde und dem Straßenbaulastträger vor einer politischen Beschlussfassung ein.

Auch ein Provisorium müsse absolut sicher gestaltet werden.

Da er den Gesamtausbau der Oerlinghauser Straße bereits in den Jahren 2017/18 für illusorisch halte, plädiert er für einen Endausbau im Abschnitt des Einzelhandelszentrums und dessen Finanzierung aus städtischen und Mitteln des Investors.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay betrachtet die heutige Beratung im Namen seiner Fraktion als 1. Lesung.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole schließt sich der Position der SPD-Fraktion an.

Dem Bebauungsplanentwurf sei unter der Bedingung zugestimmt worden, dass der Ausbaustandard der Oerlinghauser Straße bis zum Satzungsbeschluss vorgelegt und verabschiedet wird.

Somit könne in der nächsten Sitzung am 24.09.2015 eine 2. Lesung mit Beschlussfassung zum Ausbaustandard erfolgen.

Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) sieht ebenfalls Nachbesserungsbedarf und erklärt sich mit der heutigen Beratung als 1. Lesung einverstanden.

Er unterbreitet den Vorschlag, Radfahrer bis zur Einmündung Selhausenstraße die Räder schieben zu lassen, da auch ein 4,20 m breiter Gehweg für Radfahr-Gegenverkehr äußerst problematisch sei.

– Um 18.03 Uhr unterbricht Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen -

Ein Anlieger der Oerlinghauser Straße äußert sich besorgt über die zu erwartende Verkehrsmehrbelastung.

Die Anwohner würden schon heute kaum von ihren Grundstücken ausfahren können.

Sodann macht er darauf aufmerksam, dass Busse an der Haltestelle „Freibad Hillegossen“ Wartezeit hätten. Dies führe zu Stausituation hinter dem Bus und damit zu zusätzlicher Verschärfung der gesamten Verkehrssituation.

Die Ergebnisse des Verkehrsgutachtens seien nicht nachvollziehbar und würden daher offensichtlich auf falschen Zahlen basieren.

In diesem Zusammenhang kritisiert er eine Verkehrszählung in der Zeit der Sommerschulferien in Verbindung mit einer Sperrung der Oberen Hillegosser Straße.

Abschließend hinterfragt er die Dauer des Bauvorhabens, Folgekosten für die Anwohner und eine erhöhte Lärmintensität durch Bau- und Verkehrslärm.

Ein weiterer Anlieger der Oerlinghauser Straße verweist ebenfalls auf Ausfahrtprobleme von privaten Grundstücken und eine nach seiner Einschätzung ausufernde Problematik durch zunehmenden Pkw- und Lkw-Verkehr, Radfahrer, Fußgänger und ÖPNV in beiden Fahrtrichtungen.

Er bezweifelt ebenfalls die relativ geringe prognostizierte Verkehrszunahme, da ein Investor von einer versechsfachten Verkaufsfläche entsprechend mehr Kunden erwarte und in diesem Ausmaß auch mehr Verkehr entstehen werde.

Abschließend hinterfragt er Brandschutzaspekte bei nur einer Ausfahrt und stellt fest, dass sich die betroffenen Bürgerinnen und Bürger gegen die Art der Planung wehren würden.

Ein anderer Anlieger macht darauf aufmerksam, dass häufige Sperrungen der Tunnelstraße in Oerlinghausen und der A 2 ebenfalls Auswirkungen auf die verkehrliche Belastung der Oerlinghauser Straße hätten.

Herr Meyer (Anlieger der Oerlinghauser Straße) berichtet, dass der Verkehr auf der Oerlinghauser Straße seit Jahren kontinuierlich zunehme.

Er vertritt ebenfalls die Ansicht, dass ein Kreisverkehr an der Hillegosser Kreuzung zwingende Voraussetzung für die Aufnahme zusätzlicher Verkehre durch das Einzelhandelszentrum sei. Ohne Kreisverkehr müsse das Bauvorhaben verschoben werden.

Er appelliert an die Politik und die Verwaltung, eine Lösung für die Anwohner zu finden.

Ein Anwohner (Oerlinghauser Straße 12) kritisiert ebenfalls die Verkehrszählung in den Schulferien und möchte wissen, ob diese Zählung durch 14-jährige zulässig sei.

Das Einkaufszentrum werde begrüßt, die geplante Verkehrsführung hingegen sei eine Katastrophe.

– Um 18.15 Uhr wird die Beratung der Bezirksvertretung in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. –

Frau Dobelmann (Amt für Verkehr) geht auf die vorgebrachten Bedenken und Anregungen ein.

Sie bestätigt, dass sich die Leistungsfähigkeit verschlechtern werde.

Für die Abmarkierung eines Schutzstreifens sei die Oerlinghauser Straße zu schmal.

Auf DIN-Normen und Regelwerke bestehe keine Einflussmöglichkeit.

Die ursprüngliche Ausbauplanung sehe beidseitige Gehwege und Radschutzstreifen sowie eine Fahrbahnbreite von 6,50 m vor. Zur Realisierung dieser Planung sei Grunderwerb erforderlich. Der Straßenabschnitt im Bereich des Einzelhandelszentrums könne nach erfolgter Prüfung vom Investor nicht endgültig ausgebaut werden.

Fakt sei ebenfalls, dass Fahrbahn und Gehweg zur Nutzung durch den Radverkehr eigentlich nicht geeignet seien. Deshalb könne der Gehweg nur zur Mitnutzung durch Radfahrer freigegeben werden. Die Radwegbenutzungspflicht müsse entfallen.

Für 1,5 Mio. Euro könnte der Endausbau der Oerlinghauser Straße realisiert werden. Da diese Mittel nicht zur Verfügung stehen würden, biete sich nur die vorgestellte Zwischenlösung an, der die Polizei, die Straßenverkehrsbehörde und der Straßenbaulastträger noch zustimmen müssten.

Sollte eine Querungshilfe im Rahmen der Zwischenlösung nicht zu verwirklichen sein, bestehe evtl. die Möglichkeit, die hierfür vorgesehenen Finanzmittel des Investors einer Rücklage zuzuführen.

Frau Dobelmann führt weiter aus, dass nur eine Ein-/Ausfahrt möglich sei, da der Fadenweg als Wohngebiet hierfür nicht zur Verfügung stehe.

Der ÖPNV habe an der Haltestelle „Freibad Hillegossen“ keine Warteposition, so dass dies keine Ursache für eine nachfolgende Stausituation sein könne.

Die früheren Werte des Verkehrsgutachtens seien überprüft worden und würden mit den aktuellen Daten zusammenpassen.

Die Verkehrszählung habe eine Woche vor der Sommerpause und nach Fertigstellung der Oberen Hillegossen Straße stattgefunden.

Die Art der Datenerfassung sei nicht vorgeschrieben.

Die Stadt Bielefeld zähle jedenfalls genauer als in einer Empfehlung dargelegt.

Ein neues Gutachten würde zu keinen anderen Ergebnissen führen, zumal parallel von der Stadt durchgeführte Berechnungen deckungsgleich seien.

Folgekosten für die Anwohner würden nicht entstehen. Beim späteren Endausbau werde eine Kostenbeteiligung nach dem Kommunalabgabengesetz anfallen.

Brandschutzaspekte seien durch Beteiligung der Feuerwehr geregelt.

Der Knotenpunkt und die Oerlinghauser Straße seien kein Unfallschwerpunkt.

Ein Schallgutachten sei im Bebauungsplanverfahren erstellt worden. Durch die Verkehrszunahme werde es in einem Ausmaß lauter, das für das Ohr nicht wahrnehmbar sei.

Zur Kritik an dem Planabdruck in der Beschlussvorlage bestätigt sie die unzureichende Qualität, die der Kostenbegrenzung geschuldet sei.

Gleichzeitig sei sie jedoch von der Voraussetzung ausgegangen, dass farbige Pläne von der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern im Informationssystem

„Session“ eingesehen werden können. Dies sei durch ein Versehen bei der Systemfreigabe offenbar nicht möglich gewesen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole erklärt, dass die CDU-Fraktion der vorgestellten Planung so nicht zustimmen werde.

Bei Gesamtkosten von ca. 1,5 Mio. Euro für den Endausbau der Oerlinghauser Straße könnten die anteiligen Kosten für den Abschnitt von der Hillegosser Kreuzung bis zum Einzelhandelszentrum mit ca. 500.000 € veranschlagt werden.

Bei Verzicht auf die nochmaligen Investitionen in den Knotenpunkt Detmolder Straße / Otto-Brenner-Straße / Osningsstraße würden 400.000 € eingespart, die zusammen mit einer Kostenbeteiligung des Investors für den Endausbau der Oerlinghauser Straße im Bereich des neuen Einzelhandelszentrums ausreichen würden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole und SPD-Fraktionsvorsitzender Akay betrachten die heutige Beratung übereinstimmend als 1. Lesung und bitten die Verwaltung um Ausarbeitung modifizierter Lösungsansätze, die die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Bezirksvertretung berücksichtigen.

Zum zeitlichen Verfahrensablauf merkt Frau Loh (Bauamt) an, dass bis zum Satzungsbeschluss über die Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Hi 15 der Beschluss zum Ausbaustandard der Oerlinghauser Straße erforderlich sei.

Außerdem müssten die Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Offenlage aufgenommen und bewertet werden.

Mit heutigem Beschluss über den Ausbaustandard könne der Satzungsbeschluss in der November-Sitzung der Bezirksvertretung gefasst werden.

Ein erst in der nächsten Sitzung am 24.09.2015 beschlossener Ausbaustandard werde zu einer Verzögerung im Bebauungsplanverfahren führen.

Gegen die Zurückstellung einer Beschlussfassung über den Ausbaustandard bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 24.09.2015 erhebt sich kein Widerspruch.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7 Verkehrsregelungen zu Parksituationen in „engen Straßen“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1604/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay hinterfragt den Zeitrahmen für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen.

Herr Skarabis teilt mit, dass die Maßnahmen sukzessive abgearbeitet würden. Einen Zeitrahmen gebe es nicht.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole merkt mit Hinweis auf die Straßenliste an, dass es im Stadtbezirk Stieghorst engere als die aufgelistete Ubbedisser Straße gebe.

Herr Skarabis bestätigt sodann auf Nachfrage, dass die Straßenliste nicht vollständig sei.

Weitere enge Straßen könnten der Straßenverkehrsbehörde jederzeit gemeldet werden.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 20.08.2015 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

Zu Punkt 8

Information zum Bauprogramm im öffentlichen Verkehrsraum 2015 - 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1656/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole bezieht sich auf die mehrfach geäußerte ablehnende Haltung der CDU-Fraktion zur nochmaligen Umgestaltung des Knotens Detmolder Straße / Osningstraße / Otto-Brenner-Straße.

Die geplante Radwegführung sei „nonsens“. Er habe den Kreuzungsbereich mit dem Rad abgefahren mit dem Ergebnis, dass kein zusätzlicher Handlungsbedarf bestehe. Radfahren im Kreuzungsbereich sei auch mit Radwegführung gefährlich.

Über die Verschiebung der Maßnahme in die Sommerferien 2016 zeigt er sich erfreut.

– Die Bezirksvertretung nimmt ohne weitere Aussprache Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 9 Grundschule Ubbedissen, Umgestaltung des Schulgartens

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1800/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Skarabis entschuldigt die Planerin des Umweltbetriebes, die wegen einer anderen terminlichen Verpflichtung an der Sitzung nicht teilnehmen könne.

Zur Entwurfsplanung, die der Umweltbetrieb mit der Schulleitung und dem Förderverein der Grundschule Ubbedissen abgestimmt habe, verweist Herr Skarabis auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Die Kosten der Umgestaltung würden vom Förderverein der Grundschule getragen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole dankt dem Förderverein der Grundschule Ubbedissen für das herausragende Engagement.

Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) betont ebenfalls die außergewöhnlichen Leistungen des Fördervereins und kündigt eine Würdigung im Rahmen der Sondermittelverwendung an.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der bisherige Schulgarten ist entsprechend den vorliegenden Planungen (Drucksachen-Nr. 1800/2014-2020) umzugestalten.

Die Kosten der Umgestaltung und die jährlichen Folgekosten trägt der Förderverein der Grundschule Ubbedissen.

– einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 10 Verwendung der bezirklichen Sondermittel 2015 (12.950 €)

Fraktionsvorsitzender Akay unterbreitet für die SPD-Fraktion die folgenden Verwendungsvorschläge:

– Förderverein der Grundschule Ubbedissen	500 €
– Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Zuschuss zum Betrieb des Eva-Gahbler-Hauses	1.000 €
– Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Zuschuss zum Betrieb des Jugendhauses Sieker	1.000 €
– Osningschule Zuschuss zum Betrieb des Schulheimes auf Langeoog	750 €
– Arbeiterwohlfahrt – Kreisverband Bielefeld Zuschuss zur Durchführung der Hausaufgabenhilfe an der Grundschule Hillegossen	1.000 €
– Diakonie für Bielefeld Zuschuss zum Betrieb der Spielwohnung Lipper Hellweg	1.000 €
– Gesellschaft für Sozialarbeit Zuschuss zum Betrieb des Kinderhauses Alter Dreisch	750 €
– Sozialdienst Kath. Frauen e.V. Unterstützung der Arbeit der „Stadtteilmütter“ in Sieker	2.000 €
– SV Ubbedissen 09 e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	1.000 €
– TuS „Einigkeit“ Hillegossen e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	1.000 €
– TuRa 06 Bielefeld e.V. Unterstützung der Jugendarbeit	1.000 €
– SC Lämershagen e.V.	200 €
– Bürgerinitiative Alter Dreisch Sachkostenzuschuss	150 €
– Elterninitiative Ramba-Zamba e.V.	500 €
– Unterstützung der Flüchtlinge im Stadtbezirk	950 €
– Aufstockung der Repräsentationsmittel des Bezirksbürgermeisters	150 €

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole erklärt einleitend, dass die CDU-Fraktion einer Aufstockung der Repräsentationsmittel nicht zustimmen werde.

Sodann verweist er auf die beabsichtigte Schließung der Filiale Hillegossen des Bürgeramtes.

Ungeachtet des einstimmigen Beschlusses der Bezirksvertretung vom 19.03.2015 sei der Erhalt dieser Filiale voraussichtlich problematisch.

Für den Oberbürgermeister sollte ein deutliches Zeichen gesetzt werden, das der Bedeutung dieser Verwaltungsstelle für die Stieghorster Bevölkerung und letztlich dem Erhalt der Filiale Hillegossen Nachdruck verleiht.

Aus diesem Grunde regt die CDU-Fraktion die einmalige Kostenbeteiligung an der Filiale Hillegossen des Bürgeramtes mit 5.000 € an.

Die Vorschläge der SPD-Fraktion zur Förderung der Sportvereine, des Schulheimes der Osningschule und des Fördervereins der Grundschule Ubbedissen würden von der CDU-Fraktion unterstützt.

Der Förderverein der Grundschule Ubbedissen sollte in diesem Zusammenhang eine höhere Zuwendung (1.000 €) erhalten, da auch die Unterhaltung des Schulgartens finanziert werde.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay möchte wissen, was konkret mit den angeregten 5.000 € für die Filiale Hillegossen des Bürgeramtes finanziert werden solle.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole verweist auf die festgestellt hohe Besucherfrequenz dieser Filiale und die Bedeutung eines solchen Zeichens der Bezirksvertretung.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen bestätigt die Notwendigkeit des Erhalts der Filiale Hillegossen, hält den Vorschlag der CDU-Fraktion jedoch für deplatziert. 5.000 € würden versickern. Gleichzeitig müssten mehreren Vereinen dringend benötigte Zuwendungen vorenthalten werden.

Die CDU-Fraktion sende ein populistisches Signal.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay merkt an, dass die Filiale Hillegossen stärker frequentiert sei, als die elektronische Erfassung dies dokumentiere.

Die SPD-Fraktion gehe deshalb von dem Erhalt der Filiale aus.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier betont nochmals die Signalwirkung eines finanziellen Beitrages zum Erhalt der Filiale Hillegossen und erklärt, dass die CDU-Fraktion im Übrigen den Verwendungsvorschlägen der SPD-Fraktion folgen würde.

Bezirksbürgermeister Schäffer regt die heutige Beratung in 1. Lesung und die Beschlussfassung in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 24.09.2015 an.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Skarabis verweist auf die mit der Sitzungseinladung übersandte Auflistung der bisher noch unerledigten Beschlüsse der Bezirksvertretung, die um neue Beschlussfassungen ergänzt bzw. um die inzwischen erledigten Beschlüsse bereinigt worden sei.

Die noch aufgelistete „Radwegeplanung für den Stadtbezirk Stieghorst“ sei durch die Erläuterungen des Nahmobilitätsbeauftragten in der Sitzung am 19.02.2015 als erledigt zu betrachten.

Zur

- Gestaltung des Radweges an der Detmolder Straße zwischen Pyrmonter Straße und Lagesche Straße,
- Optimierung der Radwege am Lipper Hellweg und
- Radverkehrsplanung Stieghorster Straße und Erläuterung nicht priorisierter Radverkehrsanlagen

werde der Nahmobilitätsbeauftragte in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 24.09.2015 berichten.

Zu dem beschlossenen „Sachstandsbericht zur Verlängerung der Linie 3 nach Hillegossen“ habe das Amt für Verkehr zur Sitzung der Bezirksvertretung am 19.02.2015 einen Zwischenbericht gegeben.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -
